



Dresden als Feuerwerks-Hauptstadt

Die Faszination von farbenfrohen Feuerwerken erlebten die Dresdner Bürger bisher gerne und häufig. So oft, dass die sächsische Landeshauptstadt Dresden neben Titeln wie „Geburtenhauptstadt Deutschlands“, „Hauptstadt der Debattenkultur“, so der Dresdner TU-Professor Joachim Fischer, und in Zukunft vielleicht auch „Kulturhauptstadt Europas 2025“ zudem als Sachsens „Hauptstadt der Feuerwerke“ galt.

Diesen inoffiziellen Titel „Feuerwerks-Hauptstadt“ gibt die Landeshauptstadt Dresden mit dem seit dem 1. August 2018 neu geltenden Genehmigungsverfahren für Feuerwerke freiwillig

wieder her. Eine Bearbeitung der Regulierung wäre nicht notwendig gewesen, da sich die bundesweit geltenden gesetzlichen Vorgaben nicht geändert haben.

Deren Anzahl wird deutlich reduziert: so sind Mittel- und Großfeuerwerke der Kategorie F3 und F4, die nur von sachkundigen Personen mit einem Erlaubnis- und Befähigungsschein abgebrannt werden dürfen, nur noch zwei Mal pro Monat und Stadtbezirk zulässig. Und es müssen mindestens fünf Tage zwischen den Feuerwerken liegen. Kleinf Feuerwerke der Kategorie F2 dürfen nur mit Ausnahme-genehmigung abgebrannt werden. Die

Ausnahmegenehmigung bedarf eines besonderen Anlasses – hierzu zählen beispielsweise Hochzeiten und Ehejubiläen, runde Geburtstage ab 50 Jahre sowie Vereins- und Firmenjubiläen – sowie der Vorlage der schriftlichen Genehmigung des Grundstückseigentümers bzw. des Flächenverwalters, auf dessen Grundstück das Feuerwerk abgebrannt werden soll.

Begründet wurde diese Reduzierung mit Lärmschutz- und Naturschutzmaßnahmen: „Ziel der Verfahrensänderung war die Lärminderung durch Feuerwerke, welche den weit überwiegenden Beschwerdegrund darstellte. Das Auftreten von erhöhten



Inhalt

Feuerwerke in Dresden	Seiten 1 & 2
Keine Blitzer Abzocke mehr	Seite 3
Bankrotterklärung für die innere Sicherheit	Seite 4
Unsere Anfragen	Seite 4
Wohnen überm Discounter	Seite 5
Aktuelle Stunde zum Klimawandel in Dresden	Seiten 6 & 7
Der Alternative Blick	Seite 7
Die Dresdner Service Apps	Seite 8
Impressum	Seite 8

Ihre Stadträte

Stefan Vogel
sv@afd-fraktion-dd.de

Gordon Engler
ge@afd-fraktion-dd.de
Fraktionsvorsitzender (V.i.S.d.P.)

Jörg Urban MdL
ju@afd-fraktion-dd.de

Harald Gilke
hg@afd-fraktion-dd.de

Abbonement

Wir senden kostenfrei zu!
Bitte senden sie eine Nachricht mit ihren Kontaktdaten an:

post@afd-fraktion-dresden.de

Feinstaubemissionen konnte bisher nur einem Feuerwerk konkret zugeordnet werden und war ansonsten Gegenstand allgemeiner Beschwerden (z. B. zum Abbrennen von Feuerwerken zu Silvester)“, teilte Ordnungsbürgermeister Detlef Sittel den Stadträten mit. Für die AfD-Stadtratsfraktion steht jedoch die Anzahl der Beschwerden, die sich in den vergangenen Jahren im einstelligen oder sehr niedrigen zweistelligen Bereich bewegten, nicht im Verhältnis zu den weit über 200 angemeldeten Feuerwerken verschiedener Kategorien, die jährlich in Dresden gezündet wurden. Und auch die Zahl der nicht genehmigten privaten Kleinf Feuerwerke in Dresden sowie der Ordnungswidrigkeitsverfahren bewegte sich dabei im niedrigen zweistelligen Bereich.

„Alle Regelungen zur Nachtruhe und zum Umweltschutz sind zu beachten“, betonte AfD-Stadtrat Jörg Urban dabei in seiner Rede zur Aktuellen Stunde im Stadtrat, aber aus seiner Sicht spreche aus der derzeitigen Verwaltungspraxis eher ein Verbots- und Regulierungswahn, als ein freiheitlicher und vernunftorientierter Geist. Besonders ärgerlich war für Urban, dass der Stadtrat in seinen Gremien zuvor intensiv einen Vorschlag der Grünen, Feuerwerke stärker zu reglementieren und häufiger zu verbieten, diskutierte. „Die von der Stadtverwaltung erlassene Verordnung nimmt die politische Auseinandersetzung im Stadtrat geradezu vorweg“, kritisiert Jörg Urban. Der Vorsitzende der AfD-Stadtratsfraktion Gordon Engler ergänzt zu der hitzig geführten Debatte im Stadtrat: „Früher hipp und trendy, ist aus den Grünen mittlerweile eine Seniorenpartei geworden, die nur verbieten will.“

Die gesellschaftskulturelle, touristische und wirtschaftliche Bedeutung von Feuerwerken ist für Dresden nach Meinung der AfD-Stadtratsfraktion nicht zu unterschätzen. Und so erkennt auch die Verwaltung der Landeshauptstadt Dresden an, dass für Großereignisse „von besonderem öffentlichem Interesse“ wie beispielsweise dem Dresdner Stadtfest, dem Dixieland-Festival oder

dem Semperoperball jedoch Ausnahmen von der neuen Feuerwerk-Regelung gemacht werden sollen. Aber ansonsten gilt bei der Anmeldung von Feuerwerken: bei Mittel- und Großfeuerwerken zwei pro Monat und Stadtbezirk sowie das sogenannte Windhundprinzip „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“; bei Kleinf Feuerwerken muss der festgelegte besondere Anlass vorliegen.

Aus Sicht der AfD-Fraktion ist die neue Beschränkung der Feuerwerke übertrieben. „Eine freiheitlichere Regelung hätte der Landeshauptstadt Dresden gut zu Gesicht gestanden, zumal das Sprengstoffgesetz des Bundes keine zahlenmäßige Beschränkung vorsieht“; so Gordon Engler. Engler, der auch kulturpolitischer Sprecher der AfD-Stadtratsfraktion ist, erinnert in Hinblick auf die Bemühungen Dresdens, als Stadt der Künste 2025 Europäische Kulturhauptstadt zu werden, an die Worte des Philosophen Theodor W. Ardorno, der feststellte:

„Das Feuerwerk ist die perfekteste Form der Kunst, da sich das Bild im Moment seiner höchsten Vollendung dem Betrachter wieder entzieht.“ Auf diese vollendete Form der Kunst kann Dresden schwerlich verzichten.

Gordon Engler



Keine Blitzer-Abzocke mehr



AfD-Fraktion beantragt Stärkung der Verkehrserziehung, Unfallprävention und Verkehrsunfallforschung

In Dresden gilt selbstverständlich die Straßenverkehrsordnung, wie in jeder anderen deutschen Stadt auch. Die allermeisten Menschen halten sich im Allgemeinen an die geltenden Regeln und sind einsichtig, wenn sie eines Fehlers im Straßenverkehr überführt werden. Wirklich ärgerlich hingegen ist die gängige Praxis vieler Kommunen, die Einnahmen durch Verkehrsüberwachungsmaßnahmen zur allgemeinen Haushaltskonsolidierung zu verwenden. Städte und Gemeinden brauchen viel Geld und rechnen geradezu mit den Einnahmen aus Verwarn- und Bußgeldern, also dem Fehlverhalten der Bürgerinnen und Bürger.

Daher rührt auch das Gefühl vieler Bürger, dass Kontrollen gerne an Standorten vorgenommen werden, die

besonders lukrative Einnahmen versprechen.

Dabei sind die rechtlichen Vorgaben eigentlich klar. Gemäß der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Inneren zur Überwachung des Straßenverkehrs (VwV Verkehrsüberwachung – VwV VKÜ) haben sich „Verkehrsüberwachungsmaßnahmen vorrangig auf die Reduzierung der Anzahl der Verkehrsunfälle und die Minderung der Unfallfolgen sowie den Schutz schwacher Verkehrsteilnehmer auszurichten“

Das grundsätzliche Problem der Einnahmen durch Verkehrskontrollen besteht darin, dass die Gemeinden über die eingenommen Verwarn- oder Bußgelder im Rahmen des Haushaltes

frei verfügen können. Genau hier setzt ein Antrag der AfD-Fraktion im Dresdner Stadtrat an. Künftig sollen alle Gelder aus Geschwindigkeitsüberwachungsmaßnahmen der Förderung von Akteuren der Verkehrserziehung, der Unfallprävention und Verkehrsunfallforschung oder für die Hilfe und Unterstützung für Opfer und Hinterbliebenen von Verkehrsstraftaten zur Verfügung stehen.

Dazu soll der Oberbürgermeister beauftragt werden, eine diesbezügliche Förderrichtlinie zu erarbeiten und dem Stadtrat zum Beschluss vorzulegen. Als bereitgestellte Fördermittel sollen dabei alle Einnahmen aus Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen dienen.

Jörg Urban

Bankrotterklärung für die innere Sicherheit

„Nizza-Steine“ und „Merkel-Lego“ sowie in diesem Jahr die Diskussion um „TruckBloc“ oder „Protection Cube“ mit hochwertiger Verkleidung in Holz- oder Steinoptik für den Dresdner Striezelmarkt zeichnen ein trauriges Bild der Sicherheitslage in unserer Stadt. Die Kernaufgabe des Staates, die innere Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger zu schützen, steht in Frage. Das zeigt sich nicht nur schlaglichtartig beim ältesten deutschen Weihnachtsmarkt, sondern auch im Alltag der Landeshauptstadt Dresden:

Eine Messerattacke und mehrere Körperverletzungen, Raubüberfälle und Diebstähle, Sachbeschädigungen und Beleidigungen – die Polizeimeldungen der vergangenen Tage

offenbaren das Ausmaß der Kriminalität in Dresden. Besonders der Amalie-Dietrich-Platz in Gorbitz hat sich dabei zu einem Brennpunkt entwickelt. Um die Sicherheitslage und auch das Sicherheitsgefühl der Bürger zu stärken, braucht es aus Sicht der AfD-Fraktion deutlich mehr Personal und Präsenz von Sicherheitskräften auf der Straße. Langfristig muss es einen deutlichen Aufwuchs der Stellen beim Gemeindlichen Vollzugsdienst und dessen Besonderer Einsatzgruppe um bis zu 100 Stellen zusätzlich geben, schon allein dadurch, dass die Dresdner Bevölkerung rasant wächst. Hier müssen auch die städtischen Strukturen unvermeidlich mitwachsen. Grundlegende Fehler auf Landes-

oder Bundesebene können die Kommunen nicht alleine ausbügeln. Dennoch sollte von städtischer Seite alles getan werden, um die innere Sicherheit zu gewährleisten. Daher ist es auch völlig unverständlich und besorgniserregend, dass die von den Fachleuten vorgeschlagenen und für notwendig erachteten zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen für den Striezelmarkt durch die rot-grün-rote Stadtratsmehrheit im Finanzausschuss abgelehnt wurden. 550.000 Euro sind viel Geld, die Sicherheit der Besucher und Bürger Dresdens sollte uns das aber wert sein.

Harald Gilke

Unsere Anfragen

Zur Informationsbeschaffung richteten die Stadträte der AfD-Fraktion Anfragen zu verschiedenen Themen an den Oberbürgermeister. So fragte die AfD-Fraktion den Oberbürgermeister bzgl. der Kosten der 28. Interkulturellen Tage (AF2695/18): Für die Vorbereitung und Durchführung der verschiedenen Veranstaltungen wurden seitens der Landeshauptstadt Dresden 48.810 Euro sowie 20.780 Euro durch den Ausländerrat Dresden e.V. aufgewendet, teilte der Oberbürgermeister mit.

Auf die Frage nach den Betreuungskosten pro Person wurde in Anfrage AF2612/18 Unterbringung unbegleiteter ausländischer Minderjähriger (uaM) mitgeteilt: „Die Entgeltsätze pro Tag in stationären Dresdner Jugendhilfe-einrichtungen belaufen sich auf durchschnittlich 166,40 Euro.“ Für die Unterbringung unbegleiteter ausländischer Minder-

jähriger stehen in der Landeshauptstadt Dresden die vier Objekte in der Teplitzer Straße 10, in der Wendel-Hipler-Straße 13, in der Karl-Marx-Straße 22 und in der Breitscheidstraße 117 zur Verfügung. Über die Erteilung einer deutschen Fahrerlaubnis auf Grundlage einer bestehenden ausländischen Fahrerlaubnis gab Anfrage AF2651/18 Auskunft: so wurden im Jahr 2018 (bis September) nach 162 Anträgen 151 Umschreibungen von Bürgern aus EU-Staaten vollzogen und eine deutsche Fahrerlaubnis erteilt. Im Jahren 2016 und 2017 waren es 173 bzw. 185 Umschreibungen. Bei Antragsstellern aus sog. Listenstaaten (wie bspw. die Schweiz, USA und Kanada) wurden bis September 2018 100 deutsche Fahrerlizenzen erteilt. Auch hier bewegen sich die Zahlen in den vergangenen Jahren auf vergleichbarem Niveau. Stark zugenommen

haben die Anträge aus sog. Drittstaaten: während 2013 168 Anträge auf eine Umschreibung zur Erteilung einer deutschen Fahrerlaubnis gestellt wurden (bei 135 Umschreibungen), waren es 2017 544 und im Jahr 2018 (bis September) 409 Anträge. Von diesen wurden jedoch nur bei 252 (2017) bzw. 215 (2018) eine deutsche Fahrerlaubnis erteilt. Weitere Anfragen wurden zu den Themen DDR-Kunst in Dresden (AF2643/18), zu Trinkbrunnen (AF2724/18), der Wahl des Integrations- und Ausländerbeirates (AF2696/18), dem Wohnungsankauf durch die WiD (AF2615/18) sowie die Offenlegung von Manager-Gehältern (AF2614/18) gestellt. Die Beantwortung der Anfragen AF2712/18 – Öffentliche Beleuchtung sowie AF2748/18 – Asyl-Kosten stand zu Redaktionsschluss noch aus.

Wohnen überm Discounter

Neue Impulse für Dresdens Wohnungsbau



"Die mehrgeschossige Grundstücksausnutzung oberhalb von Läden ist eine Win-Win Situation für alle Beteiligten", ließ die Berliner Bausenatorin Ende September 2018 beim „Berliner Supermarktgipfel“ verlauten. Nicht nur in der Bundeshauptstadt Berlin, überall in Deutschland werden derzeit Projekte angedacht oder schon verwirklicht, die eines der drängendsten Probleme in deutschen Großstädten lindern helfen sollen: fehlender Wohnraum. Da unbebaute Flächen ein rares Gut sind, wurde in den letzten Jahren eine Idee geboren, die neue Wege gehen will: die Nachverdichtung von bisher für Supermärkte oder Discounter mit meist großen Parkplätzen und eingeschossigen als Gewerbeflächen genutzten Grundstücken durch neue Wohnungen oberhalb der bisherigen Ladenflächen oder Stellplätze, wie es bspw. der Discounter Lidl in einigen Projekten umsetzt. Die Diskussionen um Nachverdichtungen von Arealen, die mit einer Reduzierung von Grünanlagen, Spielplätzen oder Parkplätzen einhergehen, bereiten große Schwierigkeiten infolge von bestehenden Nutzungskonflikten. Exemplarisch ist hier in Dresden als Beispiel die „Wohnzelle Grunaer Straße“ zu nennen. Verdichtung und Versiegelung in den Außenbereichen

des Stadtgebietes wiederum ist nicht unbegrenzt möglich und verursacht ebenso Nutzungskonflikte, etwa den Zubau für das Stadtklima wichtiger Kalt- und Frischluftschneisen. Obwohl auch in Dresden Probleme hinsichtlich der Verfügbarkeit bezahlbaren Wohnraumes in einzelnen Stadtteilen bestehen, waren die deutschlandweit erprobten Initiativen zum Wohnen über Supermärkten oder Discountern bisher kein Thema. Die linke Stadtratsmehrheit aus SPD, Grünen und Linken hat mit der Gründung der neuen städtischen Wohnungsbau-gesellschaft „Wohnen in Dresden“ (WiD) einen anderen Weg eingeschlagen, der für den Haushalt der Stadt zu einer großen Gefahr werden könnte. Von den geplanten 800 neuen Wohnungen ist bisher keine einzige fertig, die WiD hinkt dem Zeitplan massiv hinterher, neue städtische Grundstücke, die für den sozialen Wohnungsbau geeignet sind, stehen kaum mehr zur Verfügung. Das Handlungsbedarfe besteht, zeigen auch die aktuellen Zahlen zum Wohnungs-leerstand in Dresden zum 31.12.2017. Dieser beträgt im Durchschnitt für ganz Dresden 6,2 Prozent, die Fluktuationsreserve von zweieinhalb bis drei Prozent nicht mit ihrer leerstandsverringern Auswirkung in die Berechnung einbezogen. Die

Leerstandsquote unterscheidet sich dabei aber stark in den einzelnen Stadtteilen. Während in Dresden West oder in Loschwitz Weißig mehr als zehn Prozent der Wohnungen leer stehen, sind es in der Johannstadt, Gorbitz, Prohlis oder Strehlen weniger als vier Prozent. Hier ist die akut. Angesichts dieses Paradigmas hat die AfD-Fraktion in einem Antrag vorgeschlagen, auch für Dresden die Wohnüberbauung von Discountern oder Supermärkten in den Blick zu nehmen. Mit dem Antrag zur Prüfung von Wohnungsbauförderung bei Wohnraumüberbauung soll die Nutzung dieser bisher nicht vorgesehenen Potenziale in Dresden zukünftig ermöglicht werden. Dafür braucht es geeignete kommunale Fördermaßnahmen und Strukturen, die sowohl die Interessen der Stadt sowie der Bürgerinnen und Bürger nach bezahlbarem, familienfreundlichem Wohnraum, als auch die potenzieller Investoren berücksichtigen. Zugleich sollen städtische Einflussmöglichkeiten hinsichtlich sozialer und städtebaulicher Interessen überprüft und vorgeschlagen werden. Mit dem Antrag zur Prüfung von Wohnungsbauförderung bei Wohnraumüberbauung soll die Nutzung dieser bisher nicht vorgesehenen Potenziale in Dresden zukünftig ermöglicht werden. Dafür braucht es geeignete kommunale Fördermaßnahmen und Strukturen, die sowohl die Interessen der Stadt sowie der Bürgerinnen und Bürger nach bezahlbarem, familienfreundlichem Wohnraum, als auch die potenzieller Investoren berücksichtigen. Zugleich sollen städtische Einflussmöglichkeiten hinsichtlich sozialer und städtebaulicher Interessen überprüft und vorgeschlagen werden.

Stefan Vogel

Konsequenzen aus Hitze und Dürre in Dresden

Aktuelle Stunde zu den Auswirkungen des Klimawandels vom 20.9.2018

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, geehrte Stadträte.

"Elf Monate fiel praktisch kein Regen, die Temperatur lag fünf bis sieben Grad über den Normalwerten des 20. Jahrhunderts. Unzählige Waldgebiete in Europa gingen in Flammen auf, beißender Rauch trübte das Sonnenlicht, im ganzen Sommer wurde kein einziges Gewitter registriert. Schon im Mai wurde das Wasser knapp, Brunnen und Quellen fielen trocken. Der Bodenseepiegel sank auf Rekordniveau, Lindau war sogar mit dem Festland verbunden. Rhein, Elbe und Seine konnten trockenen Fußes durchwatet werden. Im Elsass blühten



phenszenario" schreibt, „Der Sommer 2018 mit seiner ausgedehnten Dürreperiode zeigt“, so heißt es in der Antragsbegründung der Grünen zur heutigen Aktuelle Stunde“, dass die Folgen des Klimawandels jetzt auch bei uns ankommen. Es ist höchste Zeit

schaftlich. Das ist reiner Populismus. Klima ist ein langjähriges statistisches Mittel meteorologischer Zustände.

Einzelereignisse können per Definition kein Beleg für einen Wandel des Klimas sein. Die heutige Aktuelle Stunde zeigt aber wieder einmal, dass es den Grünen nicht um eine sachliche Debatte geht, sondern um billigen Aktionismus. Sachlich kann eine Debatte nur geführt werden, wenn klar ist, welche Schäden und Probleme der vergangene Sommer verursacht hat. Für Dresden wäre eine Aufstellung der Schäden am städtischen Großgrün interessant. Hierbei müssten vor allem die durch die Trockenheit ausgelösten Probleme mit dem öffentlichen Grün in Parkanlagen, bei Straßenbäumen, etc. untersucht werden. Auch die Auswirkungen auf städtische Gewässer inklusive des Fischbestandes sollten betrachtet werden. Ausgehend von einer solchen Auflistung kann geprüft werden, inwieweit konzeptionelle Veränderungen nötig sind, etwa ein Notfallkonzept bei extremer Regenknappheit über einen längeren



die Obstbäume erneut, in Lindau reichte es sogar für eine zweite Kirschernte. Die Rede ist natürlich nicht vom Sommer 2018, sondern vom Katastrophenjahr 1540." Schätzungsweise eine halbe Million Menschen sollen dieser Dürre in Europa zum Opfer gefallen sein, wie Oliver Wetter in seinem Buch „Die beispiellose Hitze und Dürre von 1540 - ein Katastro-

zu handeln!“ Niemand bestreitet, dass es Extremwetterereignisse gibt, mit denen die Stadt Dresden fertig werden muss und auf die sie bestens vorbereitet sein sollte. Vom Sommer 2018 jedoch auf einen Trend zu schließen oder generell jedes Wetterereignis auf der Welt als Beweis eines menschengemachten Klimawandels zu zitieren, ist völlig unwissen-

Zeitraum. Die etwas panisch anmutenden Aufrufe der Umweltbürgermeisterin an die Bürger Dresdens in diesem Sommer, Straßenbäume zu gießen, zeigen zumindest, dass hier seitens der Stadt Nachholbedarf besteht. Die Forderung, den Straßenbaumbestand stärker als bisher anwachsen zu lassen, geht ins Leere. Es ist richtig, dass Stadtgrün positive Wirkungen auf das städtische Klima hat. Bei nicht ausreichend mit Wasser versorgten Bäumen ist der kühlende Effekt durch Verdunstung aber nicht mehr gegeben. Zudem sollte beachtet werden, dass auch die Ressource Wasser ein knappes Gut ist. In allen diesen Belangen ist in erster Linie die Verwaltung gefordert. Grüner Aktionismus mit Verboten und zusätzlichen Vorschriften hilft bei extremer Trockenheit nicht weiter, sondern wird nur den Papierverbrauch der Verwaltung erhöhen. In einer sachlichen Debatte sollten aber auch die Vorteile der Wetterlage im Sommer 2018 zur Sprache kommen. Ein fast mediterranes Flair hat die Straßencafés belebt, viele Touristen haben den Sommer hier in der Region verbracht. Damit einher geht auch eine wirtschaftliche Belebung.

Zum Jahr 1540 heißt es: „Am Bodensee [...] war Wein irgendwann billiger als Wasser, und in Limoges ernteten die Winzer geröstete Trauben, aus denen sie Sherry-ähnlichen Wein gewannen, der [...] schnell betrunken machte.“ Auch 2018 hat in dieser Hinsicht kaum geschadet: der Federweißer aus dem Dresdner Elbtal ist bereits vorzüglich gelungen.

Jörg Urban

Der Alternative Blick

Braucht Dresden Hochhäuser? Diese aktuell in Dresden entbrannte Debatte trifft nicht den Kern der städtebaulichen Probleme, die in den letzten Jahren offenkundig geworden sind. Eigentlich ist die Frage verfrüht, denn: Dresden braucht zuerst einmal eine neue Baukultur. Die Bautätigkeit in Dresden ist nicht zu übersehen. Überall in der Stadt sind in den vergangenen Jahren große, freistehende Quartiere überformt worden. Doch bei der Gestaltung hat Dresden fast vollständig versagt. Der Postplatz hat trotz vorangetriebener Bebauung nichts von seinem ehemals großstädtischen Flair zurückgewonnen. Der Straßburger Platz existiert nur dem Namen nach. Eine Platzstruktur ist trotz neu hinzugekommener Gebäude weiterhin nicht erkennbar. Auch beim Pirnaischen Platz wird sich an dem grundlegenden Problem – eine aus städtebaulicher Sicht unstrukturierte, wüste Schneise mitten in der Dresdner Innenstadt – mit den jetzt vorangetriebenen Projekten, wie dem Hochhaus Pirnaischer Platz, nichts ändern.

Die teilweise erfolgte Rekonstruktion der Orangerie an der Herzogin Garten dient nur als Alibi für eine Wohnästhetik, die nur als längst überwunden geglaubte Wohnkaserneatmosphäre bezeichnet werden kann. Wohin man blickt, die neuen Gebäude sind häufig uniforme, ungegliederte, ideenlose Kästen, die keinen identitätsstiftenden Charme versprühen. Das Stadtplanungsamt mit seinem krampfhaften Modernitätswillen hat dabei kaum wiedergutzumachende Fehler zu verantworten.

Die Dresdner Bebauung, ehemals vielgerühmt für ihre gelungene

generationenübergreifenden Baukultur und international hoch beachtet, ist einer lahmen 08/15-Bauhausarchitektur bar jeglicher Originalität gewichen. All das ist kaum wiedergutzumachen. Dabei hätte Dresden eine gelingende, hochwertige Architektur verdient. Jetzt über Hochhäuser zu sprechen, erfolgt daher verfrüht. Zuerst muss die Frage nach der Dresdner Baukultur beantwortet werden. Erst in diesem Rahmen lässt sich sinnvoll beantworten, wohin der Dresdner Städtebau steuern soll, wo und in welchem Ausmaß Hochhäuser überhaupt denkbar sind und vor allem, wie eine hochwertige und ansprechende Ausgestaltung gesichert werden kann. Eins steht für mich jedoch bereits jetzt fest: Im Dresdner Stadtzentrum haben Hochhäuser nichts verloren!

Jörg Urban



Mehr Service für die Bürger

AfD beantragt mehr Features für die Service-Apps

Dresden ist im 21. Jahrhundert angekommen. Mit den beiden Dresdner Service-Apps, der Bürger-App und der Dresden-App, bietet die Landeshauptstadt allen Einwohnern und Besuchern der Stadt ein nützliches digitales Angebot, das einen schnellen und einfachen Zugriff mittels Smartphone auf wichtige Informationen und Angebote bieten soll. Derzeit sind die vorhandenen Features aber sehr begrenzt. Spielplätze, Kulturangebote oder Informationen im Bereich Verkehr oder Parken sucht man vergebens. Auch im Vergleich zu anderen Städten bleiben die Apps hinter ihren Möglichkeiten zurück. Die Apps werden somit auch dem eigenen Anspruch nicht gerecht, der ideale Begleiter in allen Lebenslagen für Bürger und Besucher zu sein. Dies wollte die AfD-Fraktion ändern. Mit einem Antrag zur Erweiterung der Service-Apps sollten zukünftig Informationen zu aktuellen Verkehrsmeldungen, wie Verkehrsbehinderungen oder städtische Baumaßnahmen,

sowie zum Thema Parken in Dresden die Funktionalität der Apps ergänzen. Schon jetzt werden diese Informationen auf verschiedenen Kanälen, wie etwa durch Veröffentlichung im Dresdner Amtsblatt oder über die lokale Presse, der Öffentlichkeit bereitgestellt. Eine Einbindung in die Apps ist bisher aber nicht geschehen. Perspektivisch könnten neue Features in der modernen, interaktiven Karte durch Icons oder farbliche Markierungen abgebildet werden. Beim Thema Parken wäre die Verknüpfung mit dem mobilen Bezahlen von Parkgebühren denkbar. Technische Lösungen dazu sind bereits auf dem Markt verfügbar oder durch die Dresden Service GmbH umsetzbar. In der Stadtratssitzung am 01. November 2018 wurde der AfD-Antrag mit den Stimmen der rot-rot-grünen Gestaltungsmehrheit aus fadenscheinigen und kurzfristigen Gründen abgelehnt. Das Ziel der AfD bleibt aber erhalten: mehr Bürgerfreundlichkeit und Transparenz.

Gordon Engler



Impressum

Herausgeber

Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden

(Stadträte Gordon Engler, Harald Gilke, Jörg Urban MdL, Stefan Vogel)

Postfach 12 20 20 - 01001 Dresden

Kontakt

Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden

Fraktionsgeschäftsführer: Peter Muster

Fraktionsreferent: Dirk Taphorn

Dr.Külz-Ring 19, 01067 Dresden

1. Etage, Raum 215

Tel. 0351 - 488 10 50

Fax. 0351 - 488 10 49

post@afd-fraktion-dresden.de

www.afd-fraktion-dresden.de

www.facebook.com/AfDFraktionDresden

Fotos / Bilder

Jörg Urban (Seite 7)

Frank Scharf (Seiten 3, 8)

www.pixabay.com Seiten (1, 2, 6)

www.dresden.de (Seite 8)

Pressestelle lidl.de (Seite 5)

Erscheinungsweise

Vierteljährlich

Druckauflage

2000 Exemplare

Die "Alternativen für Dresden" sind Teil der Öffentlichkeitsarbeit der AfD-Fraktion im Stadtrat Dresden und dürfen nicht für Wahlwerbung verwendet werden.